

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zu:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Dynamik auf dem Arbeitsmarkt bringt Chancen und Herausforderungen für ganz Brandenburg! - Drucksache 6/6573 vom 09.05.2017

Rückwanderung ehemaliger Brandenburgerinnen und Brandenburger unterstützen, Rückkehrerinitiativen fördern und begleiten!

Der Landtag stellt fest:

Die gezielte Förderung der Rückwanderung ehemaliger Brandenburgerinnen und Brandenburger ist ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der demografischen und regionalen Entwicklung in unserem Land. Aus der Perspektive der Wirtschaft werden Zuzügler und Rückkehrer zuerst als potenzielle Fachkräfte wahrgenommen. Es geht jedoch um weit mehr. Denn nicht Einzelpersonen, sondern ganze Familien verlegen ihren Lebensmittelpunkt wieder zurück in ihre alte Heimat. Dabei steht nicht nur ein klassischer Umzug an, sondern es geht um Perspektiven für alle Beteiligten.

Eine umfassende und authentische Beratung vor Ort kann Rückkehrwillige unterstützen. Die Effekte reichen weit über die Fachkräftesicherung hinaus: Verbesserung der Nachfrage nach (sozialen) Infrastrukturen, Steigerung der Wohnnachfrage, Stabilisierung sozialer und familiärer Netzwerke, Einbringen neuer Ideen und Erfahrungen sowie Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- in den Jahren 2017 und 2018 Initiativen, Projekte und Maßnahmen mit der Zielsetzung der Förderung von Rückkehr und Zuzug zu unterstützen. Dabei sollen die regionalen Potentiale weiter konsequent gestärkt und unterstützt werden. Um die Zielsetzung und darüber hinaus Planungssicherheit für die Maßnahmenträger erreichen zu können, sollen die Projekte auch überjährig bewilligt werden. Hierfür ist eine entsprechende Haushaltsermächtigung vorzusehen.
- das seit fünf Jahren bestehende „Fachkräfteportal Brandenburg“ als Informationsangebot für Rückkehrer und Zuwanderer aus dem In- und Ausland zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

- bei der Unterstützung der Rückkehrerinitiativen auf eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels, auf die Nutzung von Entwicklungsimpulsen in den Bereichen Zivilgesellschaft und Engagement, auf einen Beitrag zur regionalen Fachkräftesicherung, auf die Stabilisierung der Nachfrage nach (sozialer) Infrastruktur, vor allem in den ländlich geprägten Regionen, sowie auf eine Stabilisierung regionaler, sozialer und familiärer Netze hinzuwirken.

Dabei sollen insbesondere

- o die Entwicklung von nachhaltig wirkenden Strukturen, inklusive der Umsetzung von gemeinschaftlichen Maßnahmen (z.B. Aufbau und Koordinierung von Netzwerken, darunter Alumni-Netzwerken, mit Ausrichtung auf die Zielgruppe u.a.),
- o die Erarbeitung von Konzepten, inklusive von Ansätzen zur dauerhaften Finanzierung von Strukturen zur Förderung von Rückkehr und Zuzug (z.B. regionalspezifische Konzepte zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen u.a.) sowie
- o Projekte (z.B. Organisation von Gesprächskreisen, Veranstaltungen, Ausstellungen u.a.), die sich mit den spezifischen Bedarfen einzelner Ziel- und Teilzielgruppen auseinandersetzen (wie z.B. Familien, Frauen, 50+)

unterstützt werden.

- die Werbe- und Imagekampagnen (z.B. der Lehrerwerbung) zu bündeln und in die Erarbeitung von Konzepten aufzunehmen.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag im III. Quartal 2017 über die Umsetzung der vorgenannten Punkte zu berichten.

Begründung:

Die 1990-er und 2000-er Jahre waren in Brandenburg, wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern auch, geprägt von einer sehr starken Abwanderung. Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit etwa 1,5 Mio. Ostdeutsche, die nach der Wende abgewandert sind, im früheren Bundesgebiet leben. Dabei hatte und hat die Abwanderung einen immensen strukturellen Effekt: Über die Folgen des drastischen Geburtenrückgangs nach 1990 hinaus reduziert die Abwanderung aus der Nachwendezeit – und dabei insbesondere die der jüngeren Generation zwischen 20 und 35 Jahren – das Potenzial heutiger und künftiger Eltern, Fachkräfte, Infrastrukturnachfrager, zivilgesellschaftlicher Akteure wie auch zukünftiger Steuerzahler.

Bereits in der 5. Wahlperiode hat der Landtag mit seinem Beschluss „Zuwanderung, Rückkehr und Integration als Beitrag zur Fachkräftesicherung in Brandenburg (DS 5/3187-B) Maßnahmen für eine Unterstützung an Rückkehr Interessierter beschlossen.

Mittlerweile zieht ein hoher Anteil der ehemals Abgewanderten eine Rückkehr in die alte Heimat in Betracht – trotz überwiegend guter Erfahrungen an ihrem heutigen Wohnort. Die Erfahrungen der West-Ost-Rückkehrer sind überwiegend positiv: Zwei Drittel der Rückkehrer betrachten diesen Schritt im Nachhinein als einfach oder sehr einfach, obwohl sie ursprünglich mit mehr Schwierigkeiten gerechnet hatten (Institut für Länderkunde 2012, „Regionalentwicklung durch Rückwanderung“).

Rückwanderer ziehen überwiegend in ihre Herkunftslandkreise, insofern ist das Thema insbesondere ein regionales Thema. Darüber hinaus ist aus Brandenburger Sicht der Berlin-Effekt bedeutend: In der Vergangenheit vollzog sich bei der Rückwanderung ehemals Abgewandelter die Rückkehr in die alte Heimat oftmals in zwei Schritten: als erste „Zwischenstufe“ eine Ansiedelung in Berlin und von dort aus eine Rückkehr in die Heimatregion oder zumindest die Nutzung der Pendleroption. Insofern stellt die wachsende Attraktivität Berlins auch einen positiven Effekt für die mögliche Rückwanderung in eine Brandenburger Region dar.

Eine der strukturellen Besonderheiten Brandenburgs sind die regionalen Unterschiede im Wanderungsgeschehen. (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2014, „Rückwanderung von Beschäftigten nach Brandenburg“). Dabei wiesen die berlinnahen Kreise die geringsten Abwanderungsraten bei gleichzeitig z. T. überdurchschnittlichen Rückkehrquoten auf. In den peripheren Regionen stand hingegen der überproportionalen Abwanderung bisher nur eine vergleichsweise niedrige Rückwanderung gegenüber. Positiv ist hervorzuheben, dass Akademiker unter den Rückkehrern nach Brandenburg überproportional vertreten sind. Insofern bilden die Rückwanderer gerade in den peripheren Regionen ein nicht zu vernachlässigendes Potenzial für die regionale Entwicklung.